

Morgen-Zeitung

Der Stand der Mark. Einhundert Mark kosten in New-York, London, Amsterdam, Kopenhagen, Stockholm, Prag, Warschau, Rom.

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt Illustrierter Familien-Zeitung und illustriertem Witzblatt U&K

Lebensmittelpreise von heute. Heutige Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle. Preis für Wild zum Teil höher, für Geflügel wenig verändert.

London, Brüssel und Rom gegen Wiesbaden.

Schnelldienst

Man verlangt Garantien. - Ein Bericht Brabburgs.

Gestern Abend veröffentlichte das Foreign Office den Bericht des englischen Vertreters in der Reparationskommission. Der Bericht Brabburgs erklärt, daß sich Deutschland durch dieses Verhalten neue Sorgen auferlegte, die sich zu denen, die ihm bereits von der Reparationskommission auferlegt wurden, gesellen.

Intelligenter ist ein Programm aufgestellt worden, das den Deutschen Rat zur Annahme empfohlen wird, in dem allerdings nicht die zu erzielende Bereinigung der Ausgaben befristet ist, das aber betont, daß durch gemeinsame Anstrengungen ein Erfolg zugunsten der Reparationen erzielt werden mußte.

Die Legende von Deutschlands bösem Willen.

Die Reparationskommission fordert Vorschußzahlung und droht.

Paris, 9. November. (G. G.)

Der 'New York Herald' meldet, daß die Reparationskommission von der deutschen Regierung einen sofortigen Vorschuß von 100 bis 200 Millionen Goldmark auf die am 15. November fälligen Zahlungen fordern werde. Das Blatt ist überzeugt, daß Deutschland imstande sei, diesen Vorschuß zu bezahlen.

Die Reparationskommission fordert eine Vorschußzahlung auf die im Januar fällige Reparationsrate und droht mit 'schweren Maßnahmen'. Lord George wird bei dem heutigen Abendessen eine Rede halten, in der er die wirtschaftliche Lage und die auswärtigen Angelegenheiten erörtern und auch Bezug auf Brüssel nehmen wird.

Die aufständischen Kräfte haben mehrere Städte besetzt. 'Die Große Paris' meldet, daß Brian Bougeur aufbelehrt, sich nach Belgien zu bewegen. Lord George wird bei dem heutigen Abendessen eine Rede halten, in der er die wirtschaftliche Lage und die auswärtigen Angelegenheiten erörtern und auch Bezug auf Brüssel nehmen wird.

1. Nach einer gewissen Zeitperiode soll keine neue Veranlagung der Schuldzahlungen gefordert werden, die die Zahlung der aufgelaufenen Zahlungen durch regelmäßige jährliche Ratezahlungen erfolgen. Das höchste das zu gestattenden Zahlungsaufschubs wird von der Zeit abhängen, die man für notwendig erachtet, um das nötige Maß an Wirtschaftlichkeit zu fördern, soll aber nicht über drei Jahre hinausgehen.

Die Reparations- und Kommissionskosten. Die Arbeiten der Reparationskommission. Paris, 8. November. (W. L. B.)

Gegen das Abkommen von Angora.

Der englische Protest. Paris, 8. November. (W. L. B.)

der französische Botschafter in gleicher Form antworten wird. 'Lemps' deutet auch an, daß die Mitteilung der englischen Regierung an die französische Regierung nicht veröffentlicht werden wird.

Bestimmungen geräumt?

Budapest, 9. November. (Za.) Ein amtliches Communiqué des ungarischen Telegraphenkorrespondenzbureaus teilt mit, daß das abgeleitete Gebiet in Bestimmungen als geräumt betrachtet werden kann.

London, 9. November. (W. L. B.)

Bremen.

Zum demokratischen Parteitag.

Ende dieser Woche wird die Deutsche demokratische Partei in Bremen zu ihrem vierten Parteitag zusammenzutreten. Es ist kein Geheimnis mehr, daß in der Partei starke widersprüchliche Strömungen herrschen. Die letzten politischen Versammlungen haben die Gegenläufe noch stärker herausgearbeitet, und in Bremen muß sich zeigen, ob die Partei in ihrer Mehrheit dem demokratischen Republikanismus und dem bürgerlich-nationalistischen und kapitalistischen zusammengekehrt ist.

Die politische Aussprache, und die zu fallenden Beschlüsse können nicht um theoretische Formeln gehen. Hier wird man sehr leicht zu einer Konfessionsformel kommen, unter der dann in der Praxis jeder etwas anderes versteht. Man muß gleich in praktische politische Leben hineintreten. Den härtesten Widerstand im Lande hat die Haltung der Reichstagsfraktion zu der letzten Art im Reiche erweckt. So vornehmlich es war, daß in der Reichstagsfraktion der Deutschen demokratischen Partei durch die Willkürlichkeit Schindings die deutsche Reichsverwaltung gegen die obersteinsten Beschlüsse der Parteien erhoben wird, so richtig die Fraktion bekämpft war, als sie einen Delegierten zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Polen zu entsenden beschloß, so unglücklich war doch der Gedanke, sich in den Fragen der Tarif mit der Deutschen Volkspartei aufzulegen und sich zu verbinden. Die Volkspartei wollte die Entsendung des Delegierten nicht. Hier wurde eine reine Parteipolitik getrieben, die das Parteinteresse über die überparteilichen Volksgesamtheit stellte. Obwohl die demokratische Fraktion sachlich durch einen Abzug von der Volkspartei getrennt war, operierte ihre Führung doch so unglücklich, daß der Selbsthätigkeit die Demokraten nur noch als Gruppe der Volkspartei erscheinen mußten. Als die volksparteilichen Führer von eigenen Fraktionen desaniert wurden, hätten wenigstens die Demokraten den Trennungsschritt ziehen müssen. Sie waren verpflichtet, jezt